

Nachgefragt –
Meinungsbilder jenseits
der Vorurteile

Was denken die Deutschen über Glauben, Kirche und Politik?

Johannes Christian Koecke

Nach dem Ende des Ökumenischen Kirchentages in Berlin schwanken die Beobachter wieder in ihrem Urteil, ob diese fünf Tage mit über 200 000 Dauergästen nun ein Zeichen des Glaubens gewesen sind oder ein Strohfeuer, ein „religiöses Woodstock“, das auf die unspektakuläre, ereignisärmere Zeit danach, auf Kirchengang und Kirchenbindung kaum Einfluss hat. Optimismus oder Pessimismus des Urteilenden wird die Deutung bestimmen, und man braucht nicht Prophet zu sein, um vorauszusagen, dass die pessimistischere Sicht der Dinge als die aufgeklärtere gelten wird. Aufklärung aber hat etwas mit Wissen zu tun und damit, sich nicht von Vorurteilen leiten zu lassen. Ein solches Vorurteil ist es, dass der christliche Glaube allgemein im Rückgang begriffen sei. Das Gegenteil ist der Fall.

Mehr Christen

Weltweit hat die Zahl der Christen in den letzten dreißig Jahren stark zugenommen, aber auf sehr unterschiedliche Weise verteilt: Nur Europa, besser EU-Europa, ist von dieser Dynamik nicht erfasst. In Afrika und Lateinamerika hat sich die Zahl der Christen in diesem Zeitraum verdoppelt, in Asien gar verdreifacht. Großen Anteil daran haben die evangelikalen und charismatischen Bewegungen, die zum Beispiel dazu beigetragen haben, dass die Zahl der evangelischen Christen im ursprünglich vollständig katholischen Lateinamerika um das 35fache zugenommen hat.

Auch die USA zeigen ein völlig anderes Bild. Über den Zusammenhang von Zivilreligion und Politik ist in Zeiten des Irak-Konflikts viel die Rede gewesen, Beobachter haben herausgearbeitet, dass das demokratische Sendungsbewusstsein der amerikanischen Politik sich auch aus der Emphase des christlichen Glaubens in den Vereinigten Staaten speist und dass zum Beispiel solche Konstanten der amerikanischen Politik wie die Bündnistreue zu Israel sehr wenig mit der angeblichen „jüdischen Lobby“ zu tun haben, sondern vielmehr mit der religiösen Bindung an das Heilige Land, das Land der Erzväter.

„Verdampfen“ des Glaubens?

Aber wenigstens für Nord-, Süd- und Westeuropa soll doch gelten, was man bildlich als das „allmähliche Verdampfen“ des christlichen Glaubens bezeichnet. Wenn der Befund so klar wäre, möchte man meinen, bedürfte es eigentlich keiner demoskopischen Überprüfung mehr, schon gar nicht dieser kumulierten Umfrageaktivitäten der letzten Monate. In drei großen demoskopischen Erhebungen (Allensbach für die der Deutschen Bischofskonferenz nahe stehenden Medien-Dienstleistung GmbH (MDG), McKinsey, *stern*, T-Online und ZDF mit „Perspektive Deutschland“ sowie dimap für die Konrad-Adenauer-Stiftung) ist versucht worden, dem Glauben, der Kirchenverbundenheit und den Werten der Deutschen den Puls zu fühlen.

Allein das ist schon ein Phänomen, scheint man doch, ohne dies immer hervorkehren zu wollen, das Wohl des von Krisen geschüttelten Patienten Deutschland auch davon abhängig zu machen, wie er es „mit der Religion hält“.

Die drei Umfragen werden zwar in einem Atemzug genannt, sind aber nur schwer miteinander zu vergleichen. Gegenstand der Allensbach-Umfrage für die MDG ist das Medienverhalten der *Katholiken* in Deutschland. Ein kürzerer allgemeiner Frageteil ist dem vorangestellt, der in der Presse sehr verkürzt mit der Botschaft „Vertrauen in die Kirche schwindet“ wiedergegeben wurde. Die Ergebnisse sind aber wesentlich differenzierter, und besonders der Vergleich mit früheren Zahlen aus Allensbach zeigt, dass die „Talsole durchschritten“ ist: Die meisten Zustimmungswerte zu kirchlichen Fragen haben eine „Seitwärtsbewegung gemacht“.

McKinsey und die anderen haben ein ganz anderes Erkenntnisinteresse, und die Kirche spielt in dem Ganzen nur als *eine* Institution unter vielen im Zusammenhang mit der Reformdebatte in Deutschland eine Rolle. Zwar bezeichnete Kardinal Lehmann in einer ersten Reaktion im *stern* die Ergebnisse als „sehr schmerzhaft“, doch muss man sich im Klaren sein, dass in Deutschland bei Fragen nach der Institution Kirche Pawlowsche Reflexe ausgelöst werden, die wenig über den differenzierten Zusammenhang von Glauben und Werten der Gesellschaft ausdrücken.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte es deshalb genau wissen und hat eine eigene Umfrage in Auftrag gegeben. Je 1000 repräsentativ ausgewählte Personen über sechzehn Jahre aus den westlichen und den östlichen Bundesländern wurden Ende 2002 in Telefoninterviews durch di-map befragt. In den östlichen Bundesländern mussten überproportional viele Befragungen durchgeführt werden, um ei-

nen repräsentativen Querschnitt zu erzielen. Selbstverständlich wurden die Ergebnisse dann gewichtet.

Nostalgiker bezeichnen Politik als die *Kunst* des Möglichen, heute wird sie meist nur noch als die *Technik* des Möglichen verstanden: ein System von Abläufen, Entscheidungen, legitimierenden Akten. Man braucht nicht erst das berühmt gewordene Böckenförde-Zitat zu bemühen, um zu erkennen, dass dies allein schon systematisch eine Verengung von Politik ist. Politik braucht ein Fluidum von Überzeugungen, Werten, Grundentscheidungen, das die Technik des Möglichen erst ermöglicht. Die Kunst ist es, diese Grundlagen zu kennen, ihren Wandel zu verfolgen und mit dem Möglichen in Einklang zu bringen.

Warum nachfragen?

Nicht nur aus Sicht der Christdemokratie sind nun Glaube, Religiosität, das Verhältnis von Kirche und Staat sowie die Wertüberzeugungen der Menschen entscheidende Grundlagen von Politik. Sie prägen die Atmosphäre einer Gesellschaft, in der Politik sich verwirklicht. Umso wichtiger ist es für Politik, von Zeit zu Zeit eine Bestandsaufnahme zu machen, quasi den Brunnen auszuloten, aus dem sie schöpft.

Die hier vorgestellte Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung lässt sich in sechs Themenbereiche einteilen:

- Glaube und Religiosität
- Rolle und Bedeutung der Kirchen
- Christliche Werte in der Politik
- Die Union und das „C“
- Islam und Muslime
- Besondere Ergebnisse

Glaube und Religiosität

Fragt man nach der Religiosität der Deutschen im Allgemeinen, so fällt auf, dass 43 Prozent sich als „sehr“ oder „ziemlich religiös“ bezeichnen und nur achtzehn Prozent dezidiert erklären, „überhaupt nicht

religiös“ zu sein. Ebenso signifikant ist, dass immerhin siebzig Prozent an einen persönlichen Gott oder eine überirdische Macht glauben und nur siebzehn Prozent „weder noch“ angeben, also echte Atheisten sind. Atheismus ist in Deutschland offensichtlich anders als in anderen Ländern unschicklich.

Fragt man dagegen konkret nach dem Rückhalt für die klassischen christlichen Glaubensinhalte, so ergibt sich ein 50:50-Bild. Mancher mag darin das Glas noch halb voll, ein anderer eher halb leer sehen, je nach Hoffnungen oder Befürchtungen, die man hegt.

Nimmt man beides zusammen, so zeigt sich, dass der Glaube an etwas Transzendentes – und wenn auch nur an eine „höhere Macht“ – existiert, aber doch eine Distanz zu klassischen christlichen Dogmen spürbar ist.

Rolle und Bedeutung der Kirchen

Allgemein ist der Prozentsatz derjenigen, die sich „überhaupt nicht“ mit der Kirche verbunden fühlen, mit dreißig Prozent relativ gering, fünf Prozent bezeichnen sich als „sehr stark“, sechzehn Prozent als „stark“ und dominierende 49 Prozent als „etwas verbunden“. Das bestätigt die obigen Ergebnisse von vorhin. Ungern scheinen die meisten sich gänzlich von der Kirche lossagen zu wollen, die Antwort „etwas“ belässt ihre Position im Unbestimmten.

Man muss aber differenzieren: Eines der auffälligsten Ergebnisse der Untersuchung ist, welche Bedeutung „Kirche vor Ort“ hat. Neben vielen vergleichbaren Angaben betonen 65 Prozent der Befragten, dass sie gerne öfter intensive persönliche Gespräche mit ihrem Pfarrer führen möchten, was immerhin schon 43 Prozent vorher getan haben. Der persönliche Zugang, die Ansprechbarkeit haben eine besondere Qualität.

Schaut man sich an, welche Aufgaben die Bevölkerung den Kirchen zumisst, so

Ökumenischer Kirchentag in Berlin,
hier der Abschlussgottesdienst.

© dpa Foto: Bernd Settnik



sind es vor allem die Kernaufgaben, die hohe Zustimmungswerte erzielen (Gestaltung von Gottesdiensten, Seelsorge, Hilfe für Familien in Not). Die Gestaltung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen, aber erstaunlicherweise auch den Betrieb von Schulen (28 Prozent) sehen wenige als Aufgaben der Kirchen an.

Auch bei den Stellungnahmen der Kirchen zeigt sich, dass es auf breite Zustimmung trifft, wenn die Kirchen ihre ureigenen Felder bestellen, zum Beispiel Menschenrechtsfragen und – sehr aktuell – die Frage von Krieg und Frieden. Bei kirchlichen Äußerungen zur Wirtschaftsordnung oder zur Sozialgesetzgebung sind die Zustimmungswerte geringer. Hier vermutet man die Expertise offensichtlich bei anderen gesellschaftlichen Akteuren.

Einschränkend muss man hinzufügen, dass allerdings nur 19 Prozent angeben, die kirchlichen Stellungnahmen zur eigenen Meinungsbildung herangezogen zu haben.

Es wurde auch nach typischen Erscheinungen des speziellen deutschen Mitein-

anders von Staat und Kirchen gefragt. Hier zeigten sich relativ hohe Zustimmungswerte zum Beispiel zum Religionsunterricht an staatlichen Schulen, aber auch zu christlichen Symbolen in öffentlichen Räumen. Die geringen Werte zum deutschen Kirchensteuersystem haben wohl mehr mit der Unbeliebtheit von Steuern insgesamt zu tun.

Zusammenfassend kann man folgende Ergebnisse formulieren:

- Es gibt einen Wunsch nach Nähe zur Kirche und nach persönlicher Begegnung mit Geistlichen.
- Die Bevölkerung gibt ein Plädoyer für die Ausübung der Kernkompetenz der Kirchen ab.
- Die Kirche soll sich nach Meinung der meisten mit ihren ureigenen Themen beschäftigen.
- Es gibt eine teils verhaltene, teils aber auch deutliche Zustimmung zum staatskirchenrechtlichen Status quo. Deutliche laizistische Tendenzen konnten nicht festgestellt werden.

Christliche Werte in der Politik

Von besonderer Bedeutung im Hinblick auf das Grundanliegen der Untersuchung ist die Frage nach der Zustimmung zum christlichen Menschenbild.

Sieht man einmal von der menschlichen Fehlbarkeit ab, die ja eher ein Gemeinplatz ist, so wiederholt sich die oben erwähnte 50:50-Situation der Positiv- versus Negativinterpretation auch hier, mit leicht optimistischer Tendenz. Immerhin sechzig Prozent geben zum Beispiel an, dass für sie Gott in jedem menschlichen Wesen wirksam und erfahrbar ist. Auch ist der Wert von 73 Prozent, die christlichen Wertvorstellungen in der Politik eine wichtigere oder gleich wichtige Rolle in der Zukunft zuzusprechen, durchaus bemerkenswert.

Dies wird auch in den Vorstellungen zur praktischen Politik durchgehalten: Neben einer hohen Zustimmung zur Ent-

wicklungshilfe im Allgemeinen, die von 92 Prozent der Befragten für richtig befunden wird, steht eine hohe Ablehnung des Handels mit Folterstaaten (70 Prozent). Wenn sich beide Haltungen kreuzen, wenn also nach der Entwicklungshilfe an Staaten gefragt wird, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, ergibt sich ein unentschiedenes Bild: Nur noch 49 Prozent befürworten in diesem Falle Entwicklungshilfe. Man ist also insgesamt wenig bereit, moralische Erwägungen ökonomischen Interessen unterzuordnen.

Kritisch wird die Bevölkerung erst, wenn es um den direkten Link zwischen Kirchen beziehungsweise Religion und Politik geht. 62 Prozent meinen, die Kirchen sollten nicht versuchen, Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen, und weniger als die Hälfte, nämlich 44 Prozent, wünschen sich mehr Menschen mit religiöser Überzeugung in öffentlichen Ämtern.

Offensichtlich gibt es also eine große Zustimmung für das christliche Menschenbild und eine wertorientierte Politik. Es scheint ein stabiles Wertepotenzial in unserer Gesellschaft vorhanden zu sein. Es gibt aber auch eine gewisse Reserviertheit gegenüber dem Einfluss der Kirchen auf die Politik. Der antiinstitutionelle Affekt der Bevölkerung gegen die Kirche bricht sich hier Bahn.

Die Union und das „C“

Für die Christdemokratie ist es naturgemäß von größter Bedeutung, wie die Bevölkerung das „C“, den christlichen Anspruch im Parteinamen, beurteilt.

Dieser Anspruch wird in der öffentlichen Debatte von zwei Seiten in die Zange genommen: einmal von Vertretern der Kirche selbst, die dies als Anmaßung verstehen, zum anderen von säkularen Kreisen, die jede Verbindung der religiös-kirchlichen mit der politischen Sphäre für unzeitgemäß halten.

Es wurde danach gefragt, ob das „C“ ein selbst gewählter Anspruch ist, an dem sich die Partei messen lassen muss, oder ob damit ein Missbrauch des Christlichen vorliegt. Sechzig Prozent haben das „C“ als Anspruch akzeptiert. Dies ist angesichts der Debattenlage in der medial vermittelten Öffentlichkeit bemerkenswert.

Sehr viel Wasser in den Wein gießen aber die Antworten auf die logische Folgefrage, nämlich ob diesem Anspruch in der Umsetzung Genüge geleistet wird. 73 Prozent sagen, dass die Christlich Demokratische Union christliche Wertvorstellungen *nicht* umsetzt. Anspruch und Wirklichkeit klaffen also in der Meinung der Bevölkerung weit auseinander. Wegen der hohen Akzeptanz des „C“-Anspruchs folgt aber gerade daraus nicht, dass die Christdemokratie auf das „C“ verzichten sollte, im Gegenteil: Der Anspruch muss mit Leben gefüllt und umgesetzt werden.

Dennoch reizt die Frage zu einer näheren Analyse, warum der Umsetzungswert so schlecht ist: Liegt es an der Politik der Union allein, wie der politische Gegner sofort vermuten würde? Oder liegt es an einer spezifischen Auffassung des Christlichen in der Gesellschaft? Einer Auffassung, in der bestimmte, eher „linke“ Auffassungen zur Sozialpolitik, zur Zuwanderungsfrage oder zur Globalisierung automatisch mit Christlichkeit assoziiert werden?

Die Umfrage gibt dazu nicht genug her, weil nicht nach Konnotationen des Christlichen gefragt wurde. Sie zeigt aber zum Beispiel, dass die Menschen sowohl in der Beurteilung konkreter Politikfelder (Beispiel: Entwicklungspolitik) als auch in der Wertschätzung bestimmter Felder kirchlicher Stellungnahmen (wie Frieden und Menschenrechte) ihre Präferenz für Aktionsbereiche abgeben haben, die landläufig nicht unmittelbar mit der Union in Verbindung gebracht werden. Die Ergebnisse der Umfrage im Hinblick

auf den Islam und den Umgang mit Muslimen sind erfreulicherweise eindeutig.

Haltung zum Islam und Ost-West-Differenz

Eine große Mehrheit von 64 Prozent spricht sich für eine freie Religionsausübung der hiesigen Muslime aus. Auch der islamische Religionsunterricht findet eine Mehrheit. Nur neunzehn Prozent sind antimuslimisch eingestellt.

Die Gegenprobe bringt das gleiche Ergebnis. Es gibt keine nennenswerte Aversion gegen Muslime. Nur vier Prozent von denen, die Muslime in der Nachbarschaft haben, fühlen sich durch sie gestört, nur acht Prozent von denen, die keine Muslime in der Nachbarschaft haben, würden sich durch sie gestört fühlen. Auch haben relativ viele Erfahrungen mit Muslimen gemacht und sind mit ihren Gebräuchen vertraut.

Besonders aufschlussreich ist die Umfrage im Hinblick auf Ost- und Westdeutsche. An dem Beispiel „Haltung zu kirchlichen Stellungnahmen“ lässt sich gut verdeutlichen, dass man nicht immer von einem Ost-West-Unterschied sprechen kann. Ost- und westdeutsche Bevölkerung haben ungefähr die gleichen Zustimmungswerte zu kirchlichen Stellungnahmen.

Die Unterschiede zeigen sich erst, wenn nach spezifisch christlichen Überzeugungen gefragt wird. Immer wenn Christliches *expressis verbis* erwähnt wird, treten sofort große Differenzen in den Zahlen auf. So ist zum Beispiel die Zustimmung zum christlichen Menschenbild in den Punkten „Der Mensch ist von Gott geschaffen“ (Zustimmung West: 57 Prozent, Zustimmung Ost: 30 Prozent) und „Gott ist in jedem menschlichen Leben wirksam und erfahrbar“ (West: 65 Prozent, Ost: 38 Prozent) sehr geteilt. Sobald Christliches nur implizit auftaucht, findet wieder eine Angleichung statt. So halten West- und Ostdeutsche den Menschen gleichermaßen

ßen für unvollkommen und fehlbar (West: 86 Prozent, Ost 81 Prozent).

Es ist dann auch wenig verwunderlich, wenn Ostdeutsche weniger Verständnis für die Besonderheiten des Staat-Kirche-Verhältnisses in Deutschland aufbringen und zum Beispiel die Berufung auf Gott in der Präambel des Grundgesetzes nur mit 39 Prozent billigen, Westdeutsche sie dagegen zu 60 Prozent gutheißen. Kruzifixe in öffentlichen Räumen billigen nur 37 Prozent der Ostdeutschen (West 58 Prozent).

Insgesamt sind Ost und West in den Werten und der Wertschätzung wertorientierter Politik nah beisammen, getrennt sind sie durch Fremd-beziehungsweise Vertrautheit mit christlicher Terminologie.

Wie steht es um unsere Gesellschaft nach einer ersten Auswertung der Ergebnisse? Die Rede vom „Werteverfall“ muss, auch unter Heranziehung anderer Umfragen, in das Reich undeutlichen Sprechens verwiesen werden. Denn Werte „zerfallen“ immer – das ist ihr Begriff – und wandeln sich zu anderem, zu einer Variante mit gleichem „Wertkern“. So ist auch in der Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung erkennbar, dass der Gestus der Cassandra, die Sorge um eine amoralische Gesellschaft, nur die Sorge um eine Gesellschaft ist, die auf eine andere Weise moralisch ist, als der Klagende sich vorstellen kann oder will. Man kann von der Umfrage auf ein stabiles Wertepotenzial der Gesellschaft schließen.

Gravierender ist die Halbierung der Gesellschaft in religiös „Musikalische“ und religiös „Unmusikalische“ (nur so kann man die Religionsfernen bezeichnen, denn waschechte „glaubensfeste“ Atheisten gibt es kaum). Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist nicht mehr religiös, sie glaubt nicht an den christlichen, persönlichen Gott, sie hält Distanz zu christlichen Glaubensinhalten, sie betet nicht mehr regelmäßig. Das

„Vaterunser“ ist zwar allgemeines Kulturgut, liegt aber als Werkzeug des Glaubens nur herum und wird mehrheitlich nur noch bei Notfällen herausgeholt. Weit und breit ist (noch) keine religiöse Aufbruchbewegung mit nennenswertem Rückhalt zu sehen, anders als in der religiösen Wettbewerbsgesellschaft Vereinigte Staaten, in der das religiös-musikalische Talent der Amerikaner sich immer wieder in dynamischen Glaubensgruppierungen auslebt. Ein Hinweis auf eine esoterisch-synkretistische Nebenlinie des Glaubens war aus der Untersuchung nicht ablesbar.

Die Kirche verliert ihre universale, für alle Fragen des öffentlichen Lebens bedeutsame Rolle. Die Menschen denken arbeitsteilig, in gesellschaftlichen Segmenten und weisen der Kirche einen Platz zu: Im Gegensatz zu den zu unspezifisch gestellten Fragen zur Reputation von Berufen und Institutionen ist dies ein ehrenhafter Ort – direkt bei den Menschen, im Gespräch, in der Seelsorge, in der Caritas. Für die Kirchen ist dies eine ungeheure Chance, der Bedarf an Zuwendung ist enorm, und die finanzielle und personelle Entwicklung der Kirchen zwingen zur Reduzierung aufs „Kerngeschäft“. Politik und Kirchen zusammen sind eine wenig beliebte Kombination. Die Kirchen dürfen nach der Meinung der meisten der Politik ins Gewissen reden, aber mitmischen, das sollen sie nicht. Politik aus christlicher Verantwortung dagegen genießt Wertschätzung – das ist ein hoffnungsvolles Signal –, aber sie muss die Balance finden zwischen den unveräußerlichen Bestandteilen ihrer Identität und den neuen Anforderungen und Fragen der Zeit.

Nachdenken über die christliche Demokratie im 21. Jahrhundert und dabei die „Erzväter“ weder verleugnen noch formelhaft repetieren – das ist die noch ungelöste Aufgabe, die die Umfrage Unionspolitikern gestellt hat.